

# ContraSalon

Dipl.- Ing. Jürgen Wahl - Privater politischer Brief - Nr. 3 - 1. 2. 2018

---

**Interview mit Elmar Brok MdEP  
Außenpolitischer Koordinator  
der „Europäischen Volkspartei –  
Christdemokraten Europas“ (EVP)**



**ContraSalon:** In den Medien gibt es Spekulationen, der britische Brexit-Beschluss könnte relativiert werden oder fallen.

**Elmar Brok:** Durch die Entwicklungen im Vereinigten Königreich nach dem Referendum im Juni 2016 beeinflusst, ist vielen Briten das Ausmaß ihrer Entscheidung bewusst geworden. Aktuelle Umfragen machen nun deutlich, dass sich eine Mehrheit der Briten heute für einen Verbleib in der Europäischen Union entscheiden würde. Käme es zu einem zweiten Referendum mit einem Votum für Verbleib, müssten allerdings die übrigen 27 Mitgliedstaaten einem Ende der Austrittsverhandlungen zustimmen. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, dass die britische Regierung ein Referendum zum Rücktritt vom Brexit anberaumt.

**ContraSalon:** Wie sollen und können wir in der CDU mit den Briten „umgehen“, wenn zum Beispiel (schon lange) kommunale Beziehungen vorhanden sind?

**Elmar Brok:** Die historisch gewachsene enge Verflechtung zwischen dem Vereinigten Königreich und Deutschland etwa auf kommunaler Ebene muss auch nach einem Austritt Bestand haben. Unsere gemeinsame Geschichte ist ein verbindendes Element, die den Brexit überdauern soll. Errungenschaften im kulturellen Austausch – sei es durch Städtepartnerschaften oder durch den interkulturellen Austausch bei englisch-deutschen Partnerschulen – haben uns enger zusammengebracht. An diese Praxis gilt es anzuknüpfen.

**ContraSalon:** Was ergibt sich aus dem Brexit im Europäischen Parlament? Wie sind heute die Beziehungen zwischen EVP-Fraktion und britischen Konservativen?

**Elmar Brok:** Beide Seiten verbindet das Bedürfnis, in einem kooperativen Prozess Fortschritte zu erzielen und dabei insbesondere das Wohl der Bürger im Blick zu halten. Dieses beiderseitige Interesse ist die Grundlage dafür, dass wir heute konstruktiv miteinander umgehen. Die britische Regierung will aber aus dem Binnenmarkt und der Zollunion austreten, weil sie Verpflichtungen wie Beteiligung an Kosten, an Freizügigkeit, an Regeln im Gegensatz zu Norwegen (EEA) und auch der Schweiz nicht eingehen will. Gerade darum darf „Rosinenpickerei“ nicht möglich sein, auch wegen des Zusammenhalts der EU. Konkret könnte es einen Handelsvertrag wie mit Kanada und Vereinbarungen in Bereichen wie Sicherheit und Forschung geben.

---

## MICHAEL GAHLER MdEP zur EU-Afrika-Politik



CONTRASALON: Immer öfter wird eine neue EU-Afrikapolitik gefordert, auch eine finanzielle. Wie kann das aussehen bei den nordafrikanischen Staaten, hier besonders im Fall des jetzt unruhigen Tunesien?

Michael Gahler: Der Europäische Entwicklungsfonds, der 1957 durch den Vertrag von Rom geschaffen wurde, ist das Haupt-

*Michael Gahler MdEP*

instrument der EU zur Bereitstellung von Entwicklungshilfe für afrikanische, karibische und pazifische Staaten. Für den Zeitraum 2014-2020 werden 30,5 Mrd. EUR bereit gestellt. Er betrifft allerdings nicht die Länder Nordafrikas, die von der „südlichen Nachbarschaftspolitik“ abgedeckt werden. Aufgrund des wachsenden Migrationsdrucks wurde die EU-Afrikapolitik 2015 angepasst. Europäische und afrikanischen Staats- und Regierungschefs erreichten auf dem Migrationsgipfel in Valletta im November 2015 ein gemeinsames Verständnis über Migration. Sie einigten sich darauf, gemeinsam legale Migration zu gestalten und die Ursachen irregulärer Migration und Vertreibung zu bekämpfen.

Um gegen die Ursachen von Instabilität, gewaltsamer Vertreibung und irregulärer Migration vorzugehen wurde der EU-Notfall-Treuhandfonds eingerichtet. Bis zum Frühjahr 2017 wurden 106 Programme mit einem Gesamtwert von 1,6 Mrd. Euro freigegeben, wobei der Großteil des Geldes in der Sahelregion eingesetzt wird. Ferner wurde auch 2015 die Investitionsfazilität für Afrika neu geschaffen. Die EU und weitere Geberorganisationen haben für dieses Instrument 3,2 Mrd. Euro bereit gestellt. Es zielt darauf ab, nachhaltiges Wachstum zu fördern. In diesem Rahmen werden Investitionen in sozioökonomische Entwicklungen ermöglicht. Hierunter fallen bspw. Infrastrukturmaßnahmen im Transport-, Kommunikations- oder Wassersektor.

Die EU-Politik gegenüber den nordafrikanischen beruht einerseits auf bilateraler Kooperation mit dem jeweiligen südlichen Nachbarstaat, akzentuiert andererseits die Förderung der regionalen Kooperation im Süden. Für die Jahre 2014 bis 2020 stellt die EU den südlichen Staaten bis zu 9,2 Mrd. Euro zur Verfügung.

Nach der tunesischen Revolution im Jahr 2011 **hat sich die EU verpflichtet, das tunesische Volk auf dem Weg zu mehr Demokratie, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu unterstützen.** Die Unterstützung erfolgt im Rahmen einer „Privilegierten Partnerschaft“ und wird durch einen gemeinsamen Aktionsplan umgesetzt. Im Zeitraum 2011 bis 2016 erhielt Tunesien rund 3,5 Mrd. Euro in Form von Beihilfen, makrofinanzieller Unterstützung und Darlehen. Ferner erfolgt ein politischer Dialog, um gemeinsam gegen Terrorismus vorzugehen. Dies umfasst ein 23-Millionen-Förderprogramm für die Reform des Sicherheitssektors, die bei der Polizei und den Streitkräften ansetzt. Schließlich erhält Tunesien auch bilaterale Hilfe durch einzelne EU-Mitgliedsstaaten. Im Fall von Deutschland umfasst dies die Stärkung der Grenzschutzmaßnahmen. Dafür gibt es aus dem Bundeshaushalt etwa vier Millionen Euro pro Jahr. Das deutsch-tunesische Projekt an der tunesisch-algerischen Grenze soll vorerst bis 2020 laufen.

---

## Liebe Leserinnen und Leser Schon wieder was von Püttmann?

Ja, denn Ihr/Sie lest nicht alle „Christ&Welt“ in der ZEIT. Was Andreas dort ablassen konnte, fand ich hochwichtig. Vor allem „wegen AfD“ nützlich. Wünsche Euch/Ihnen gute Lektüre.  
Euer/Ihr JW

**C&W:** Herr Püttmann, die ehemalige Bundesvorsitzende der „Christen in der AfD“, Anette Schultner, hat die Partei im Oktober unter Protest verlassen - ein Indiz dafür, dass die Christen aus der AfD verschwinden? **Püttmann:** Das ist pauschal noch nicht festzustellen. Die Abwanderung von Frau Schultner erkläre ich eher dadurch, dass sie Frauke Petry nahe steht. Einsicht und ideologische Umkehr erkenne ich da weniger. Der Anteil der Christen unter den AfD-Anhängern ist zwar unterdurchschnittlich, aber stabil.

**C&W:** Warum wählen konservative Christen überhaupt die AfD? **Püttmann:** Sie teilen deren Wut auf die Eliten. Viele konservative Gläubige sind schon lange mit den Christde-

mokraten unzufrieden, vom Abtreibungsrecht über den Stammzell-Beschluss 2007 und die Frauenpolitik bis zur Freigabe der Abstimmung über die gleichgeschlechtliche Ehe. Zudem wurde eine gewisse Protestantisierung der CDU und Merkels Papstkritik 2009 zum Ärgernis für konservative Katholiken. Auch Furcht vor einer „Islamisierung“ treibt manche zur AfD. Von deren angeblicher Abendlandverteidigung sollten sich Christen aber nicht blenden lassen.

**C&W:** Inwiefern? **Püttmann:** Die AfD fand in ihren Programmen zu keiner positiven Würdigung der christlichen Gemeinwohldienste. Ihr Menschenbild nennt sie diffus „differenziert“. Christentum und Kirche kommen fast nur im antiislamischen Kontext vor. Wenn die AfD in Anspielung auf die Flüchtlingshilfe eine ‚Willkommenskultur für Ungeborene‘ fordert, mag das wie Musik in christlichen Ohren klingen. Wesentliche **Änderungen der Abtreibungsregelung schlägt sie aber nicht vor**. Aus der Geschichte wissen wir, dass auch menschenfeindliche, faschistische Kräfte Abtreibung oder Homosexualität bekämpften. Fraternisieren ist also fehl am Platz.

**C&W:** Wie vereinbaren christliche AfD-Wähler diese Paradoxien? **Püttmann:** Viele sind schlicht uninformiert, andere mit Tunnelblick auf nur zwei Themen fixiert, blenden alles andere aus. Einen Prozentsatz autoritärer Persönlichkeiten gibt es eben auch unter Christen. Sie nehmen Verstöße gegen Freiheitsrechte anderer gar nicht als solche wahr. **Es geht ihnen nur um Ordnung, Sicherheit, Identität - mit sich selbst als Maßstab.**

**C&W:** Gilt das auch für den Arbeitskreis „Christen in der AfD“? **Püttmann:** Das ist eine sehr kleine Gruppe, laut SWR-Recherchen ca. 130 Leute, bei 28.000 AfD-Parteimitgliedern. Manche übersehen Unchristliches oder glauben immer noch, sie könnten die AfD missionieren oder als Trampolin für ihre Anliegen nutzen. Problematischer ist eine Gruppe christlicher Publizisten und Aktivisten. Sie lassen ihr Verhältnis zur AfD formal im Unklaren, bereiten aber deren Feld durch **notorische Stimmungsmache gegen die CDU und AfD-kritische Bischöfe**, „die sich als parteipolitische Gouvernanten aufspielen“, so Pater Ockenfels. Martin Lohmann beschimpfte Kardinal Woelki im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“ als „knallroten Populisten“.

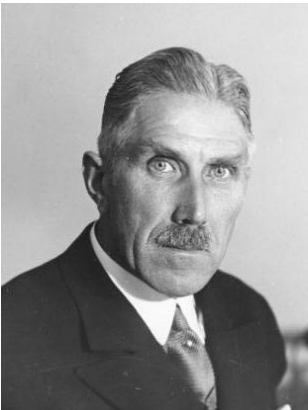
**C&W:** Kirchenfeindliche Stimmen werden in der AfD lauter. **Püttmann:** Beim AfD-Bundesparteitag rief Armin Hampel sogar zum **Kirchenaustritt** auf. Aber Christen, die ihre Kirchen zu Bütteln des Staates verkommen sehen, kann das nicht schrecken. Es gibt eben illoyale Kirchenmitglieder. Das sind katholischerseits gerade diejenigen, die immer auf Loyalität und Gehorsam gegenüber dem Papst und den Bischöfen pochten.

**C&W:** Hat die katholische Kirche im Umgang mit konservativen Christen Fehler gemacht? **Püttmann:** Ja. liberal-reformorientierte Katholiken haben lange eine übermäßige Ausgrenzung der Konservativen betrieben. Insofern ist der Boden, auf dem die AfD jetzt sät, mit vorbereitet worden. Alle hätte man aber nicht integrieren können.

**C&W:** Soll die Kirche die AfD zum Katholikentag einladen? **Püttmann:** Es wäre absurd, die weniger radikalisierte AfD von 2016 nicht zum Katholikentag eingeladen zu haben, die **weiter nach rechts gerückte von heute** aber einzuladen. Man kann ja in den „Katholischen Büros“ mit AfD-Parlamentariern reden, aber so einer Partei auch noch ein kirchliches Podium quasi als Megaphon bieten? Das sollte man nicht.

**C&W:** Welches Verhältnis hat denn die Amtskirche gegenwärtig zur AfD? **Püttmann:** Kardinal Marx hat 2017 rote Linien der Wählbarkeit markiert. Contra Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Verunglimpfung von Religionen,

Gleichgültigkeit gegenüber den Armen, Hassrhetorik. Dahinter kann man nicht zurückgehen ohne Schaden für die eigene Glaubwürdigkeit. Da die AfD nun im Bundestag sitzt, meinen einige Oberpragmatiker, einen modus vivendi finden zu müssen. Sie folgen einer Opportunitätslogik, die man dem Episkopat der Neunzehnhundert-Dreißigerjahre (als Hitler erstarkte !! ) längst vorwirft.



*Franz von Papen, rechtskatholischer "Zentrum"-Prominenter, half 1933 entscheidend mit bei der "Machtergreifung" Hitlers*

**C&W:** Wie bewerten Sie die Rolle der katholischen Bischöfe?

**Püttmann:** Gut. Es gibt nur zwei Ausreißer: Bischof Oster sprach von kommender „Entkrampfung“ im Verhältnis von Kirche und AfD - eine unsachliche, verharmlosende Diktion, als ginge es nur um atmosphärische Störungen. Bischof Vorderholzer meinte im Januar 2017 vor „Einmischung in die tagespolitische Debatte“ warnen zu müssen. „Hirte sein für alle, auch für die, die sich verirrt haben in krude Auffassungen“, bedeute, sie „zurückzugewinnen versuchen“ statt ihnen „durch die Verurteilung ganzer Parteien noch einen Fußtritt zu geben“. Damit konterte er AfD-Kritik von Amtsbrüdern dumm und grob.

**C&W:** Sollten sich die Bischöfe wieder stärker positionieren?

**Püttmann:** Man könnte meinen, dass das Notwendige bereits gesagt wurde, weiterhin gültig sei und nicht wiederholungsbedürftig. Andererseits liefert die AfD immer neue Provokationen, wie durch die Reden der Abgeordneten Maier vom „Halbneger“ und Gauland, der eine deutsche Ministerin mit türkischer Familiengeschichte „in Anatolien entsorgen“ wollte. Auch wenn unser Rechtsstaat als

Quasidiktatur verleumdet und ein historischer "Schuldskult" beklagt wird, sollten auch mal Bischöfe auf den Plan treten. Noch wichtiger ist es, den eigenen „Laden“ in Ordnung zu halten. Leider werden rechtspopulistische Hetzer in der Kirche zu selten zurechtgewiesen.

**C&W:** Vielleicht hoffen die Bischöfe ja, den einen oder anderen christlichen AfD-Wähler zurückzugewinnen. **Püttmann:** Falls das so ist, wird es nicht funktionieren. Trotz aller Skandale hat die AfD eine stabile Wählerschaft.

=====  
*Ich bitte um Nachsicht, wenn ich noch einmal wiederhole: Texte gegen die offizielle oder in den Medien übliche Einordnung von Klima/Energie entsprechen nicht immer meiner Meinung, sie erfüllen aber das Versprechen, dass CONTRASALON solide kontert*  
.....

## Harry Neumann

### Windkraftindustrie und Naturschutz sind nicht vereinbar!

*Harry Neumann ist Bundesvorsitzender der NATURSCHUTZINITIATIVE e.V., einem neuen bundesweit anerkannten Verband zum Schutz von Landschaften, Wäldern, Wildtieren und Lebensräumen. Sein Beitrag für ContraSalon musste etwas gekürzt werden.*

Die bevorstehende „Flaute“ für den Ausbau der Windkraft ist eine gute Nachricht. Die installierte Nennleistung von Photovoltaik und Windenergie wäre schon jetzt in der Lage, genügend Energie zur Stromversorgung bereitzustellen. Da diese natürlichen Energielieferanten aber mengenbeweglich sind und ihr Beitrag nicht speicherbar ist, macht ein weiterer Ausbau keinen Sinn. Auch mehr Anlagen produzieren bei Windflaute und fehlender Sonne nicht mehr Energie.

Im November 2017 wurden lt. Netzbetreibern von der installierten Leistung Windenergie (54.760 MW) und Solarenergie (42.656 MW, zusammen 97.416 MW) durchschnittlich ge-

rade einmal 16,0 % (15.602 MW) tatsächlich eingespeist, allerdings bei erheblichen Schwankungen zwischen 0,7 % und 43,3 % der installierten Leistung.

**Dies zeigt eindrucksvoll:** Windindustrieanlagen sind auch im Verbund mit Solaranlagen ineffizient, volatil und nicht in der Lage, eine gesicherte Stromversorgung zu gewährleisten. Trotz ca. 30.000 installierter Anlagen sinkt der bundesweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht, sondern steigt weiter an. Die fossilen Kraftwerke werden ja weiterhin gebraucht, um die Grundlast zu sichern und den „Flutterstrom“ auszugleichen. Dieses System ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll.

**Schon 2012** machte der bekannte Ornithologe Dr. Martin Flade deutlich, dass die „Energiewende“ zu einem zunehmenden „Biodiversitäts-Desaster“ führt. Hiervon betroffen sind insbesondere Vögel und Fledermäuse. Die Entwicklung hat sich massiv verschärft.

**Beim Ausbau** der Umgebungsenergien (der so genannten „Erneuerbaren“ Energien wurde versäumt, im Vorfeld Belastungsgrenzen für Natur, Arten, Menschen, Wälder und Landschaften festzulegen. So konnte es mit Hilfe des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), der Privilegierung nach dem Baugesetzbuch, eigens geschaffenen neuen „Rechtsgrundlagen“ und der Ausschaltung eines kritischen gesellschaftlichen Diskurses zu den bekannten Auswüchsen kommen. Dem neuen politisch-industriellen Komplex geht es nicht um Natur- und Klimaschutz, sondern um das Abschöpfen von Milliarden-Subventionen und um eine ideologische Umdeutung von Naturschutz in „Klimaschutz“.

**Mittlerweile** wissen wir, dass Windkraftindustrie und Naturschutz nicht vereinbar sind. „Klimaschutz“ ist Teil des Naturschutzes und nicht dessen Voraussetzung. Die Windenergie ist keine tragende Säule der so genannten ‚Energiewende‘, sondern eine tragende Säule der Subventionsindustrie, die der Steuerzahler „trägt“.. // Keine Branche ist auf eine solche Menge an so genannten „Gutachten“ angewiesen, um sich ihre vermeintliche Unbedenklichkeit bescheinigen zu lassen. Keine Branche versucht ihre Ziele derart rücksichtslos durchzusetzen wie die Windkraftbranche. // Die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie werden durch den falschen Ausbau der „Erneuerbaren“, insbesondere der Windenergie und der Biomasse, konterkariert und können nicht mehr erreicht werden. Niemand bezweifelt, dass es eine Klimaveränderung gibt. Sie gibt es seit Jahrtausenden. Die einseitige Fokussierung bei der heutigen Ursachensuche allein auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die versuchte Umerziehung der Menschen zu „Klimabürgern“ ist jedoch unredlich und eine Gefahr für Demokratie und Freiheit.

**Natürlich** haben Klimaveränderungen auch Auswirkungen auf Flora und Fauna. Die Ausblendung aller anderen Faktoren für den Rückgang der Artenvielfalt hingegen ist wissenschaftlich nicht haltbar. // Der Erhalt und die Verbesserung der biologischen Vielfalt ist eine der wichtigsten Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Wesentlich bedeutendere Faktoren für das Artensterben als die Klimaveränderung sind beispielsweise die Übernutzung der Ressourcen, die Zerstörung von Lebensräumen wie beispielsweise Wäldern, die Versiegelung von Flächen, die industrielle Landwirtschaft, der Pestizideinsatz und die illegale Jagd.

**Die heutige „Energiewende“**, die keine ist, setzt an den falschen Stellen an und ist gescheitert. Sogar für den so genannten „Klimaschutz“ hätte ein sofortiger Ausbaustopp keine Auswirkungen. Der Anteil Deutschlands am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß liegt bei ca. 2 %. Der Anteil der Windenergie am gesamten Energieverbrauch in Deutschland liegt ebenfalls bei nur ca. 2 %. Es ist unverantwortlich, für diese marginalen Beiträge unsere Landschaften, Wälder und Lebensräume weiter zu zerstören. Wenn der Ausbau so weitergeht und keine Vernunft eintritt, **werden die durch die Windindustrie zerstörten Flächen die des Braunkohletagebaus um ein Vielfaches übersteigen.**

**Allein für den Monat Dezember 2017** betrug die EEG-Vergütung für Wind- und Solarenergie genau 1.394.891.474,00 €, der Börsenwert EEX für Wind- und Solarenergie jedoch lag bei 354.193.185,00 €. Die Differenz in Höhe von minus 1.040.698.288,00 € müssen die Stromkunden zahlen. Hinzu kommen noch die Kosten für die Entsorgung von nicht benö-



tigtem Strom durch eine geringere Nachfrage an den Weihnachtsfeiertagen 2017 an das Ausland sowie die Redispatch-Kosten in Höhe von über 400 Millionen Euro nur im Dezember 2017. Alle zusätzlichen Kosten („negative Strompreise“, Entschädigungszahlungen für abgestellte Anlagen (Redispatch-Kosten) dürften für 2017 bei über 1 Milliarde Euro liegen. In Rheinland-Pfalz z.B. stehen die meisten Windindustrieanlagen im Wald. Wälder, die neben den Mooren zu den größten Kohlenstoffspeichern gehören, werden damit industrialisiert und zerstört. Das ist völlig absurd und offensichtlich einer „durchgrünerten“ Ideologie geschuldet, der auch Bürgerliche kritiklos folgen, die die Bewahrung der Schöpfung in Parteiprogrammen verankert haben.

**B**isher haben die großen Schutzgebiete, die „Natura 2000-Gebiete“, Landschaftsschutzgebiete und Naturparks allen Industrialisierungswellen unter allen Regierungen und Parteien standgehalten. Erst die jüngsten politischen Strukturen haben es möglich gemacht, diese zu zerstören, weil jetzt „Grüne“, wie es Alexander Wendt im Focus formulierte, Wald als „Bewuchs“ wahrnehmen, der die Installation von Windrädern behindert.

**H**inzu kommt der Verlust an Weitsicht. Menschen brauchen Weitsicht, um nicht innerlich zu verengen. Menschen brauchen Landschaften, die unverbaute Fernsicht ermöglichen. Und diese Landschaften werden mehr und mehr zerstört. /// Es gibt das Kalkül der gezielten Opferung von Landschaften auf dem Altar der ‚Energiewende‘“, wie es Wolfgang Epple in der Denkschrift der NATURSCHUTZINITIATIVE e.V. „Windkraftindustrie und Naturschutz sind nicht vereinbar“ treffend formuliert. // Ganz im Sinn einer ethisch begründeten Verantwortung brauchen wir einen Politikwechsel, der wieder zur Besinnung und zum natürlichen Respekt vor Mensch, Tier und Pflanze führt. Dazu gehört u.a. die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie der Privilegierung nach dem Baugesetzbuch. Beides sind Instrumente der Planwirtschaft und passen weder zu einer freiheitlichen Gesellschaft noch zum Natur- und Landschaftsschutz.

**D**as EEG und die Privilegierung behindern die Erforschung alternativer und naturverträglicher Energietechniken. Wir wollen keine „vergrämte Natur“ und keine zerstörten Landschaften. Jedes Windrad, das nicht mehr gebaut wird, ist daher ein Gewinn für den Natur- und Landschaftsschutz – und für uns Menschen.

**A**bschließend müssen wir noch die Frage stellen, ob die „Energiewende“ mit Artikel 20a des Grundgesetzes im Einklang steht, der den Staat verpflichtet, die „natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere“ zu schützen. Seit wir feststellen, dass die Windenergie bei weiter steigendem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, gar keinen „Klimaschutz“ bewirkt, darf der Staat die irreparablen Schäden an Natur und Landschaft nicht hinnehmen. Somit widerspricht die Genehmigung und Subventionierung von Windenergieanlagen der Verpflichtung des Staates zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere nach Art. 20a des Grundgesetzes. Selbst die Monopolkommission zur Beratung der Bundesregierung spricht von einem „teuren Irrweg in der Energiepolitik mit null Klimaschutzwirkung“. Der Staat missachtet also das Verfassungsgebot in zweifacher Hinsicht: Er zerstört, was er zu schützen verpflichtet ist, und er versäumt es, den Folgen der Klimaveränderung mit tatsächlich wirksamen Maßnahmen entgegenzutreten.

---

## **Polens Regierung fürchtet Frankreichs Präsident Emmanuel Macron**

**E**mmanuel Macron hatte während seines Wahlkampfes Beata Szydło damaliges Kabinett und die parlamentarische Mehrheit in Polen scharf für deren Umgang mit Grundsätzen des Rechtsstaates kritisiert. In einem Interview mit *Voix du Nord* hatte Macron angekündigt, er wolle sich, sollte er Präsident werden, für Sanktionen gegen Polen aussprechen, das "alle Grundwerte der Europäischen Union missachtet hat".

In Warschau haben auch Macrons Äußerungen zur Zukunft der Europäischen Union Unruhe ausgelöst. Der neue französische Präsident will im Rahmen der Eurozone eine engere Zusammenarbeit und die europäische Integration vertiefen.

Die in Polen regierende rechte PiS ist entschieden dagegen, allein schon weil sich die Idee, einen gesonderten Haushalt für die Eurozone zu schaffen, auf die Ausgaben der EU auswirkt. Die Bedrohung wächst, dass weniger EU-Geld nach Polen fließen würde.

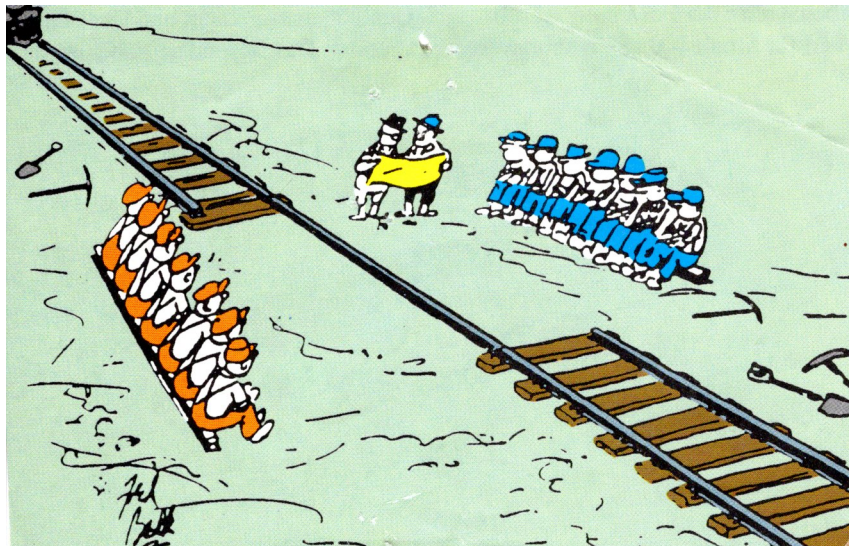
Ein weiteres Thema ist die Reform von EU-Richtlinien für Arbeitnehmer. Bisher müssen polnische Firmen, wenn sie Mitarbeiter zur Arbeit nach Frankreich oder Deutschland entsenden, lokale Stundenlöhne zahlen, andere Kosten wie Steuern und Rentenbeiträge sind jedoch nach polnischen Regelungen abzuführen. Das führt dazu, dass polnische Arbeitnehmer auf dem europäischen Markt wettbewerbsfähig sind. Macron will genau diese Unterschiede abschaffen.

Große Spannungen traten auf, als Präsident Duda im Mai 2017 Macron anrief, ihm zur Wahl gratulierte und sich zu einem informellen Treffen verabredete. Vor dem zweiten Wahlgang in Frankreich hatte Duda in einem Interview für den polnischen Fernsehsender TVP Info gesagt: "Wenn Emmanuel Macron die Präsidentschaftswahl in Frankreich gewinnt, wird er daran arbeiten müssen, Polens Vertrauen zu ihm und zu Frankreich wiederzugewinnen."

Für das abgegangene Kabinett Szydło kam ein Anschluss an die Eurozone und die Kürzung des EU-Haushalts zugunsten der Euroländer nicht infrage. Szydło spitz: "Eines der wichtigsten Elemente, das wir verteidigen müssen, ist der Binnenmarkt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union – wir müssen uns gegen Protektionismus stellen. Es gibt Herausforderungen, vor denen wir alle stehen. Ich hoffe, dass auch Frankreich auf Homogenität und Stabilität der Europäischen Union setzen wird." Die neue polnische Regierung horcht weiter in Richtung Paris.

---

## Berlin bleibt Berlin



---

Geschrieben + redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG  
Tel. 0228- 32.43.81 // e-mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de)

Deine/Ihre **2018-Spende bitte**

an dieses Konto: Volksbank in 53343 Wachtberg

IBAN = DE 15 3706 9805 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I

